

Draufblick auf die Begleitung des Modellprozesses Teil 1

ABSCHLUSSTAGUNG

Konturen und Empfehlungen zur Umsetzung der
Verfahrenslisten im Kontext der großen Lösung in
Rheinland-Pfalz

Elisabeth Schmutz, Nicolle Kügler, Eva Dittmann

07.02.2024, online

- Auftrag und Zielsetzung des Begleitprozesses
- Einblick in die Handreichung
- Einblick in die Berichtsvorlage

Grundprämissen und Leitorientierung

- Zielsetzung:
 - Weg zu inklusiver Kinder- und Jugendhilfe ebnen
 - Inklusionsgedanke in Strukturen, Verfahren und Leistungskanon dauerhaft verankern
- Implementierung der Verfahrenslots*innen als Chance zur Initiierung eines Organisationsentwicklungsprozesses hin zur inklusiven Kinder- und Jugendhilfe – mehr als bloßer Wechsel der sachlichen Zuständigkeit
- Ausgangslage ist in den Kommunen unterschiedlich bzgl.
 - Stand der Zusammenführung hin zu Gesamtzuständigkeit
 - Stand der Entwicklung einer inklusiven sozialen Infrastruktur

- Perspektive der Adressat*innen:
 - Hürden und Zuständigkeitskonflikte bei der Suche nach Unterstützung
 - Fehlende niedrigschwellige Anlaufstellen für bedarfsgerechte Beratung und Unterstützung in Antragstellung und Hilfeprozess
 - Fehlende/unzureichende Navigation durch komplexe Hilfemöglichkeiten/Sozialleistungssystem
 - Oftmals unzureichender familienorientierter Blick
- Entwicklung zu inklusiver Kinder- und Jugendhilfe + Implementierung von VL als Chance
 - Lücken an Anlaufstellen und Angeboten identifizieren und schließen
 - Qualifizierung der Regelstruktur (Schnittstellenbereinigung, inklusive Angebotslandschaft)

Rahmendaten zum Begleitprozess in RLP

- Auftraggeber: Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
- Laufzeit: 2022 – 2023
- Auftaktveranstaltung am 10.01.2023 (landesweite Infoveranstaltung)
- Regelmäßiger Kommunenspezifischer Austausch zu Entwicklungsprozess
- 4 Kommunenübergreifende Workshops:
 - Rekonstruktion Übergang Eingliederungshilfe aus Sozial- in Jugendamt
 - Austausch zu Herangehensweisen und Entwicklungsschritten
 - Rollen- und Aufgabenprofil der Verfahrenslots*in
 - Entwicklung Berichtsraster
 - Empfehlungen für andere Kommunen
- Abschlussveranstaltung am 7.02.2024
- Erarbeitung einer Handreichung zur Unterstützung Transfer

- 3 Modellkommunen:
 - Landkreis Germersheim (130.000 Einwohner)
 - Stadt Trier (110.000 Einwohner)
 - Stadt Speyer (52.000 Einwohner)
- Stand Zusammenführung der Eingliederungshilfe:
 - Eingliederungshilfen bereits im Jugendamt zusammengeführt
 - Eingliederungshilfen noch getrennt, aber bereits Steuerungsgruppe zur Vorbereitung der Zusammenführung und Förderung einer inklusiven Entwicklung insgesamt
 - Eingliederungshilfen noch getrennt, aber intensive Arbeit an Schnittstellen
- Einstellung Verfahrenslots*in:
 - Trier: Start Februar 2023
 - Germersheim: Start Juni 2023
 - Speyer: Start Januar 2024

- Strukturelle Ansiedlung der VL:
 - Zuordnung zur Fachbereichsleitung und enge Kooperation mit Jugendhilfeplanung (2x)
 - Angegliedert an den „Sonderdienst EGH“ im pädagogischen Dienst, getrennt von Sachbearbeitung
- Strukturelle Rahmenbedingungen mit Relevanz für Umsetzung und Ausgestaltung von Inklusion:
 - Implementierung von systemischen Inklusionshilfen, flächendeckend mit Schulen umgesetzt, in Kooperation mit fünf Trägern als Schwerpunktträger der I-Hilfen für einen Sozialraum (Poolmodell)
 - Niedrigschwellige, regionalisierte Familienberatungsstruktur in Form von regionalen Häusern der Familie
 - In Planung: Fachdienst Inklusion mit Ziel inklusive Angebote in Kita und Schule zu entwickeln (Strukturentwicklung) ergänzend zu Verfahrenslots*in

Erkenntnisse des Begleitprozesses

Zum Rollen- und Aufgabenprofil der VL

- Tätigkeitsspektrum
 - Beratung von Familien
 - Beratung von Fachkräften anderer Institutionen (Multiplikator*innenfunktion)
 - Kooperation und Netzwerkarbeit: VL bekannt machen, Netzwerk für Beratungsarbeit aufbauen ...
- Art der Anfragen:
 - Häufig Beratungen im Rahmen aktueller Krisen oder in Übergängen
 - Häufig zu Beginn sehr intensiv, z.T. hoher Recherchebedarf
 - von Stand des Auf-/Ausbaus einer inklusiven sozialen Infrastruktur beeinflusst (z.B. Poolmodell an Schulen)
 - Nach Zusammenführung der Eingliederungshilfe in Jugendamt weniger Anfragen zu Kooperation von Jugend- und Eingliederungshilfe oder Zuständigkeitsfragen
- Schwerpunkte in Beratungsarbeit:
 - Eingangsberatung bzgl. Rechte und Leistungsansprüchen
 - Herstellen von Netzwerken und Weiterleiten an passende Stellen
 - Ggf. Unterstützung bei Antragstellungen und Kontaktaufnahme mit entsprechenden Stellen

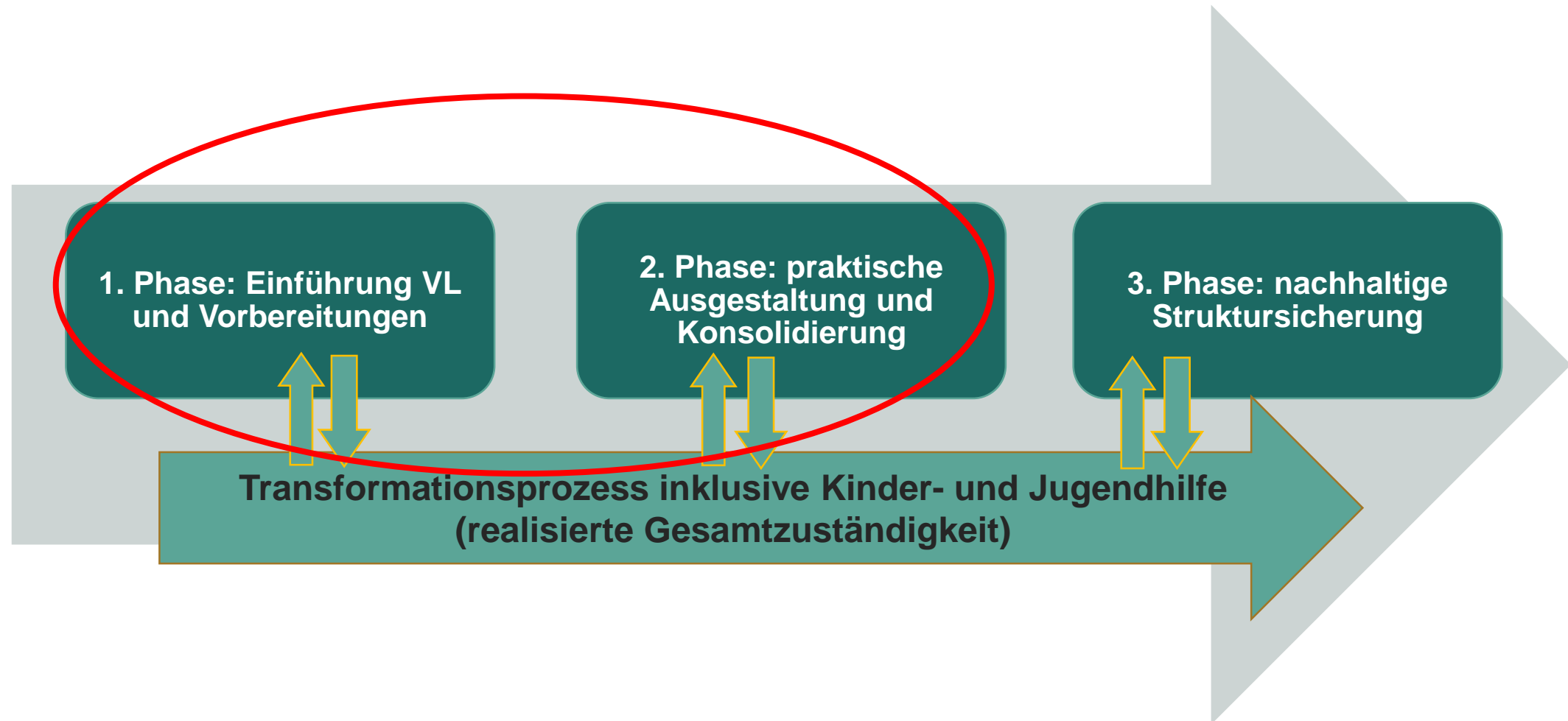
Zum Rollen- und Aufgabenprofil der VL

- Kooperation von VL und EGH – klare Zuständigkeiten:
 - Verantwortung der VL: Beratung bzgl. Rechten und Unterstützung in Kommunikation mit relevanten Stellen
 - Verantwortung der Sachbearbeitung: Planung HPG, Suche nach Einrichtung etc.
 - VL berät im Hinblick auf die Rechte der Familie mit Blick auf die Rechtsgrundlagen, nicht im Sinne der Sachbearbeitung
- Balance zwischen Fall- und Strukturauftrag:
 - Beratungsanfragen haben Vorrang, strukturelle Fragen/Aufgaben treten dann in Hintergrund
 - In Ferienzeiten deutlich weniger Beratungsanfragen

Einblick in die Handreichung

- **Ziel:** Unterstützung bei der Umsetzung der mit dem KJSG neu eingeführten Funktion der Verfahrenslotsen
- **Einblicke** in die Erprobung von Konzepten zur Umsetzung der Verfahrenslotsen in Modellkommunen in RLP
 - Gemeinsame Reflexion der Erfahrungen
 - Lernen aus Erfahrung und abgeleitete praktische Handlungsimpulse
 - Ergebnissicherung und Wissenstransfer
- **Vorgehen:** entlang der gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben der Verfahrenslots:innen werden praktische Handlungsimpulse und Empfehlungen gegeben, die bei der Einführung und Umsetzung der neuen Funktion im Jugendamt hilfreich sein könnten
- **Inhalte:**
 - Rahmung – inklusiver Gesamtprozess
 - Gesetzlicher Auftrag (Aufgaben, Funktionen, Qualifikationsanforderungen, Organisationsmodelle zur Umsetzung)
 - Einführung der Verfahrenslots:innen – Umsetzung in drei Phasen (1.Vorbereitung, 2. Ausgestaltung/Konsolidierung, 3. nachhaltige Struktursicherung)
 - Ausblick und Empfehlungen

Implementierung von Verfahrenslots:innen in drei Phasen



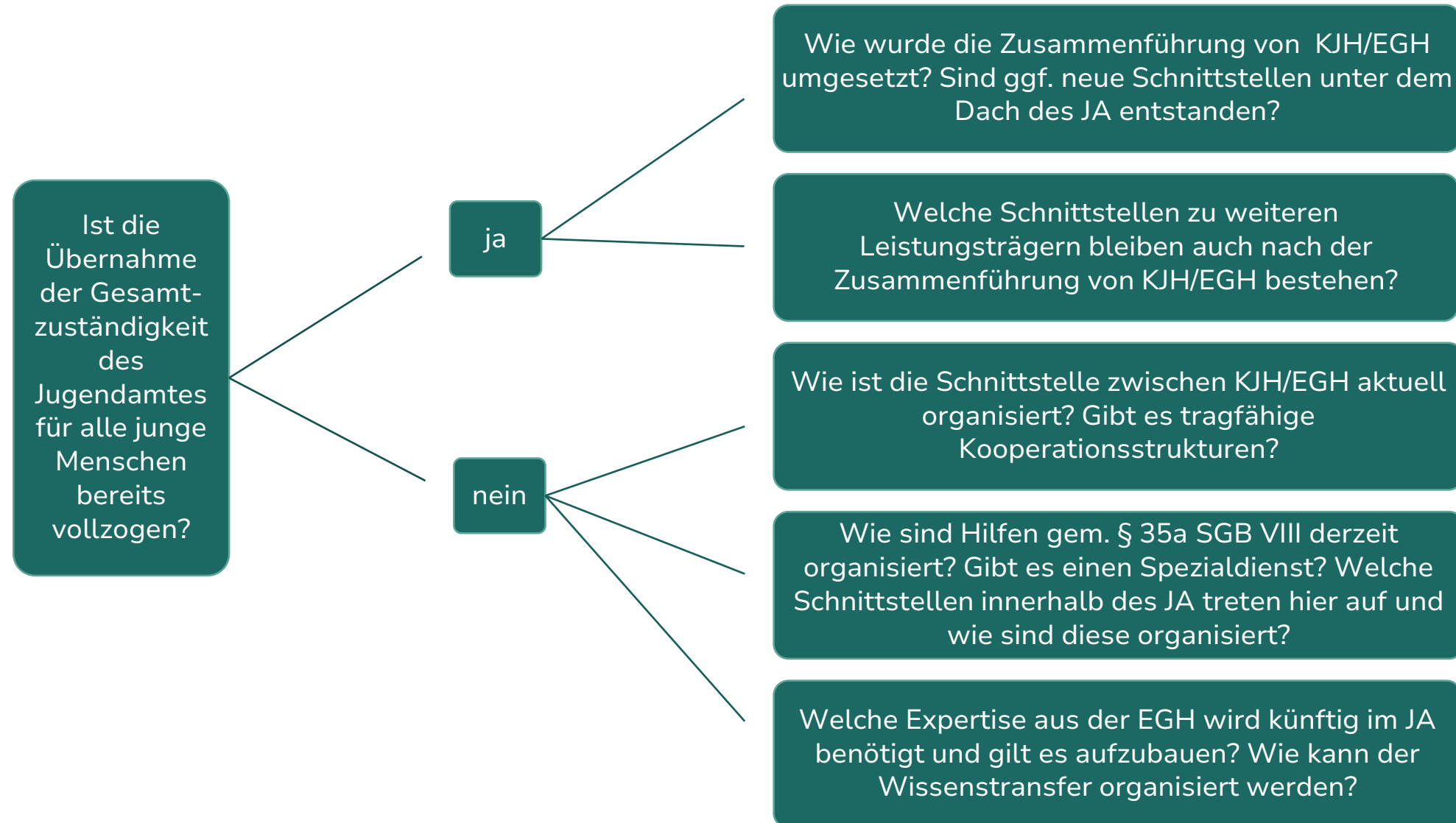
1. Phase: Vorbereitungen - Klärungen zur organisatorischen Verankerung und Implementierung von Arbeitsstrukturen

Im Fokus der vorbereitenden Tätigkeiten steht somit die Fragestellung: Was ist vor Ort zu tun/entscheiden, bevor der/die Verfahrenslots:in die gesetzlich vorgesehenen Tätigkeiten tatsächlich aufnehmen kann?

- Schaffung personeller Ressourcen für die Ausgestaltung der Funktion der Verfahrenslots:innen
- Klärung der strukturellen Verortung der Verfahrenslots:in in der Organisation
 - Verortung der Verfahrenslotsin im Organigramm des Jugendamtes
 - Klärung der Einbindung in Arbeitsprozesse und Kooperationsstrukturen (z.B. auch Jugendhilfeplanung)
- Verbindliche Regelung zur Überprüfung der Vorüberlegungen
 - In welchem Modell können die fachlichen Anforderungen am besten umgesetzt werden? Blick auf Aus- und Nebenwirkungen, tatsächliche Effekte?
 - Evaluationsmöglichkeiten einzuplanen – Wo sind Zeit und Raum der Reflexion?

- Bestandsanalyse zur Umsetzung des KJSG
 - Bestandsanalyse zum aktuellen Stand der Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Eingliederungshilfe
 - Ausgangslage transparent betrachten, von der aus die Aufgabe der strukturellen Zusammenführung der Eingliederungshilfe für junge Menschen im Jugendamt angegangen werden kann

Exkurs Bestandsanalyse



2. Phase: Praktische Ausgestaltung und Konsolidierung der Tätigkeit

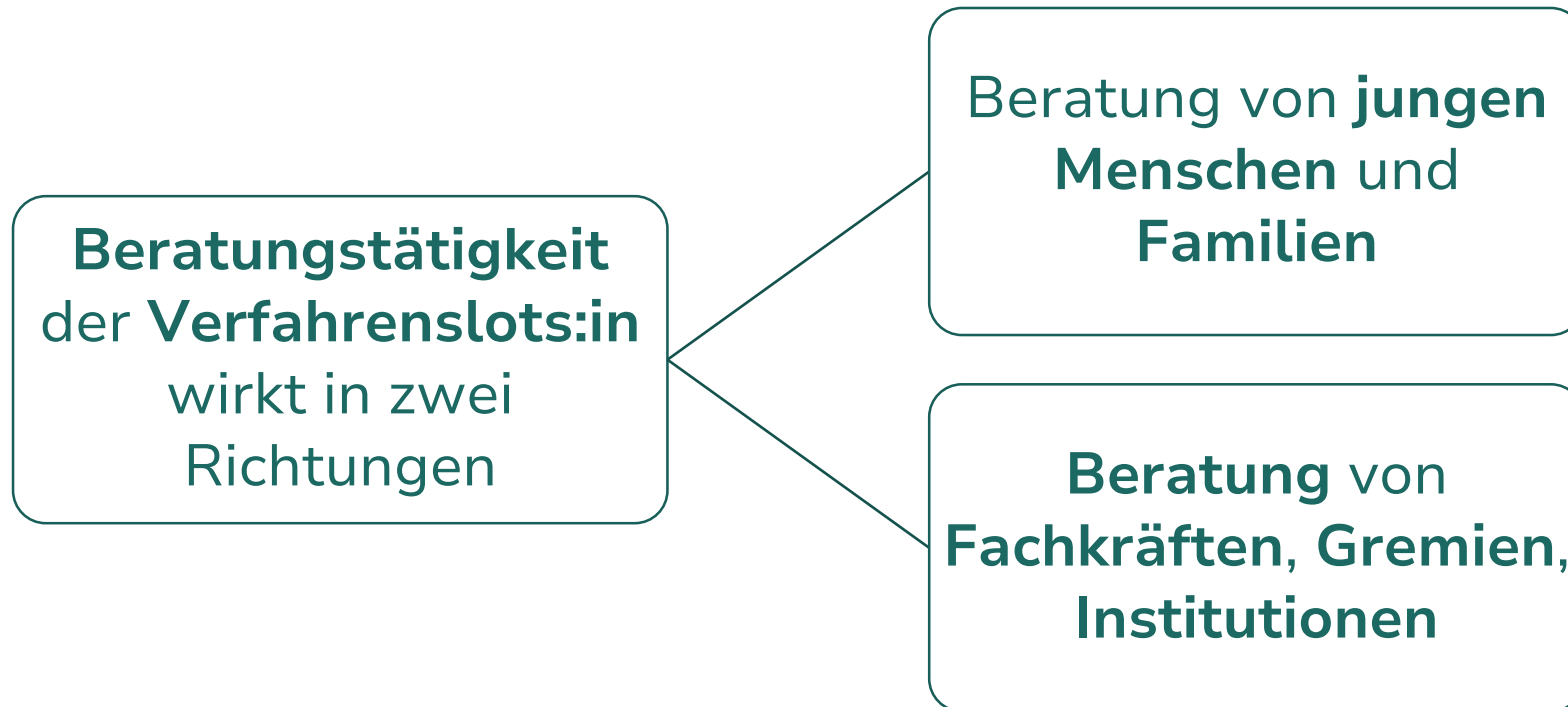
Handlungsleitend ist dabei die Fragestellung:

Was ist vor Ort im Rahmen der Aufgabenerfüllung als tätige Verfahrenslots:in zu tun/entscheiden? Dies ist zum einen bezogen auf den Fallauftrag und zum anderen bezogen auf den Strukturauftrag zu klären.

Aufgabenprofil

- **bezogen auf die Fallarbeit:**
 - Erfassen von Anliegen und **Bedarfen** der Familien, **Beratung** über Rechte und mögliche Ansprüche,
 - **Vermittlung** zwischen verschiedenen Stellen, von Ansprechpartner*innen bei anderen Trägern,
 - **Unterstützen** beim **Verstehen** und Einordnen von Bescheiden, **Begleitung** zu Terminen sowie Teilnahme an Planverfahren und -konferenzen
- **bezogen auf den Strukturauftrag und damit in der Planungs-, Konzept- und Qualitätsentwicklung – infrastrukturell:**
 - Unterstützung bei der **Zusammenführung der Zuständigkeiten und der Leistungen** (z.B. Strukturen einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe erkennen, Lücken benennen, Impulse in die Verwaltung und Trägerlandschaft geben)
 - halbjährlicher **Bericht**
- **weitere Aufgaben**, die sich für den Umsetzungsprozess als relevant erweisen:
 - Informationsbeschaffung und Wissenstransfer (z.B. Qualifizierung, Erkennen und Schließen von Wissenslücken (bzgl. neue Rechtskreise und anderer Rehaträger, Fortbildungen, Begleitung und Aufklärung für Leistungsempfänger:innen und Teams/Fachkräfte)
 - Beratung und Vermittlung in strittigen Fällen/Unschlüssigkeit im Team
 - Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit
 - Verbindliche Regelung zur Überprüfung (Evaluationsmöglichkeiten mitplanen)

Aufgabenprofil - Beratung



Implementierung von Verfahrenslots:innen

Phase 2: Ausgestaltung Beratungsauftrag

- *fachlichen Ausrichtung der Verfahrenslots:innen*
 - systemischer Blick auf die ganze Familie
 - Wechselwirkungen zwischen Behinderung und Umwelt systematisch berücksichtigen
 - Grundstruktur für die Beratungsgespräche
- *Beratungsanfragen*
 - Zeiträume für Recherche und deren nachhaltige Nutzung
 - Informations- und Aufklärungsarbeit
 - Vermittlungsarbeit (Klärung der Fallübergabe!!)
 - Vorgehen bei Zuständigkeitsüberschneidungen (z.B. wechselseitige Schweigepflichtsentbindungen)
 - Zuständigkeitsregelungen bei Beratungsanfragen (regionale Absprachen zu angrenzenden Jugendämtern)
 - Beratung von anderen Fachkräfte, Institutionen und Gremien
 - Beratungs-/Falldokumentation
 - Einarbeitung und Qualifizierung der Verfahrenslots:innen

- Wie soll/kann VL die strukturelle Zusammenführung unterstützen?
- Form der Berichterstattung:
 - Berichtsraster, welches Form, Umfang und Inhalte vorgibt
 - Qualität der Berichte und deren Vergleichbarkeit sichern
- (mittelbare) Zielperspektive für den Bericht klären!
 - Wozu soll der Bericht erstellt werden?
 - Konkretisierung des praktischen Nutzens und Umgangs mit dem Bericht in der Verwaltung?
- Fachliche Fragen der Operationalisierung
- Organisatorisch Fragen zur Nutzbarkeit und Nutzung des Berichts

Einblick in das Berichtsraster

- Berichtsauftrag Verfahrenslots:in: Bericht über Strukturelle Zusammenarbeit (mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, anderen Rehabilitationsträgern).
- Idee: den Berichtsauftrag weiterfassen – Doppelmandat auch in der Berichtsstruktur abbilden (Fall- u. Strukturauftrag)
- Beitrag zur Qualitätsentwicklung (Implementierung der Verfahrenslots*innen und des Transformationsprozesses zur Zusammenführung der Eingliederungshilfen)
- Schnittstelle zum Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ (Erfassung ausgewählter Daten in Profilen; interkommunaler Austausch → noch in der Abstimmung!!)

- Berichtsstruktur orientiert an der Datenerhebung des Berichtswesens - zwei Stichtage für die halbjährliche Berichtserstellung festlegen und eine Schwerpunktsetzung vornehmen
- **Zum 30.06. „QSZ-Bericht“**
 - QSZ steht für Qualitätsentwicklung und strukturelle Zusammenführung in der EGH
 - Bericht über die strukturelle Zusammenführung der EGH in Zuständigkeit des Jugendamtes
 - zum Verbleib im jeweiligen Jugendamt zur amtsinternen Qualitätsentwicklung hinsichtlich der Ausgestaltung des Aufgabenprofils des/der Verfahrenslots*in und des Transformationsprozesses zur Zusammenführung der Eingliederungshilfe
- **Zum 31.12. quantitativer Strukturbericht**
 - Strukturbericht zur Erhebung quantitativer Eckdaten zu den Beratungsprozessen und zur Ausstattung, die mindestens diejenigen Daten umfassen, die an das Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ weitergeleitet werden.

Berichtsraster – Vorschlag zum Vorgehen

QSZ-Bericht

- **Nutzen der Berichterstattung** wird – über die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags hinaus – vor allem in der regelmäßigen und systematischen Reflexion der eigenen Arbeit sowie der Ableitung von Ansatzpunkten zur Weiterentwicklung im jeweiligen Jugendamt gesehen.
- **Inhalte**
 - **Rahmendaten zur Infrastruktur** im Bereich des Jugendamtes (z.B. strukturelle und organisatorische Verortung VL, Besonderheiten Jugendamt, etc.)
 - Stand der **Umsetzung des inklusiven SGB VIII** (Auswahlfelder und Erläuterung)
 - Stand der **strukturellen Zusammenarbeit** (Auswahlfelder z.B. Kooperationspartner:innen, Art des Kontaktes, Inhalte)
 - Leitfragen zur **Reflexion**

Berichtsraster – Vorschlag zum Vorgehen

Quantitativer Strukturbericht

Strukturdaten:

- Stellenumfang Verfahrenslots*in
- Eingruppierung
- Start der Tätigkeit
- Ggf. Ende der Tätigkeit bei Personalwechsel oder VL-Teams
- Art der Tätigkeit der Verfahrenslots*in (Beratungen, Recherche, Kooperation und Netzwerk, etc.)

Fallbezogene Daten:

- Summe der Beratungskontakte im Verlauf eines Kalenderjahres (laufende und beendete Beratungen zum 31.12. eines Jahres) (z.B. Familien/junger Mensch, Rechtskreise, Fachkräfte)
- Art und Intensität der Beratungskontakte (z.B. Dauer, Häufigkeit, Kommunikationsweg, Behinderungen und Beeinträchtigungen, Sprache, etc.)
- Einbeziehung von Kooperations- und Netzwerkpartner*innen (z.B. Akteure, Leistungsbereiche, Häufigkeit, etc.)
- Überleitung in die Sachbearbeitung bzw. Ende der Beratung (z.B. weitere Verlauf)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

ism gGmbH
Flachsmarktstr. 9
55116 Mainz

www.ism-mz.de
ism@ism-mz.de
06131/24041-10

Elisabeth Schmutz (elisabeth.schmutz@ism-mz.de)
Eva Dittmann (eva.dittmann@ism-mz.de)
Nicolle Kügler (nicolle.kuegler@ism-mz.de)